



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/96

25. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Nach dem Parteitag der Saar-Sozialdemokratie	S. 1
Der Labour-Riss gekleistert	S. 3
Verdächtige Eile mit dem Schumanplan	S. 4
Wahl-Auswüchse	S. 5
Aufforderung zum Ketzergericht	S. 6
Aus der Ost-Presse	S. 7

---

## Die Wandlung an der Saar

---

tt. Deutsche und Franzosen haben aus dem Verlauf und aus den Ergebnissen des Sulzbacher Parteitages der SPD erkennen müssen, dass sich innerhalb der saarländischen Sozialdemokratie und innerhalb der Saarbevölkerung etwas geändert hat. Frei von Furcht vor politischen Repressalien haben die Sprecher der in die Opposition gegangenen SPD - und es waren sehr viele Vertreter der jungen Generation darunter - offen und ehrlich ihre deutsche Meinung gesagt. Die weitaus überwiegende Mehrheit der 400 Delegierten, denn nur einige Wenige schlossen sich aus, zollte dem SPD-Sprecher Eichler grossen Beifall, als er die Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland betonte und sich gegen die französische Aussenpolitik wandte, die von Anfang an Deutschland nach den Prinzipien des Morgenthauplanes behandelt habe. Zu den offensichtlichsten Erscheinungen dieser Politik zählte sicher u.a. die Forderung Frankreichs nach der Herausschälung der Saar und der Ruhr aus Deutschland - man hat doch noch nicht vergessen, dass gerade aus Paris der Ruf nach der Autonomie der Ruhr besonders laut gekommen ist? -, die von Frankreich mit allen Mitteln betriebene Über-Förderalisierung Nachkriegsdeutschlands und alle die anderen französischen Tendenzen, aus eigenen und vergrößerten Sicherheitserwägungen Deutschland möglichst zu schwächen. Diesen Feststellungen Eichlers stimmte die

überwiegende Mehrheit der 400 SPS-Delegierten durch lauten Beifall zu. Und keiner der 400 Delegierten fand ein Wort der Verteidigung für die an der Saar so handgreiflich demonstrierte Aussenpolitik Frankreichs.

Es ist ganz unbezweifelbar, dass diese so augenfällige Wandlung innerhalb der saarländischen Sozialdemokratie, die das Ergebnis einer allmählichen Entwicklung ist, nicht etwa als parteiinterne Angelegenheit betrachtet werden darf, sondern aus der allgemeinen Änderung der Anschauungen der Saarbevölkerung insgesamt entstanden ist. Man ist an der Saar misstrauisch geworden, so misstrauisch, dass auf dem Sulzbacher SPS-Parteitag das Wort vom "Betrug durch die Saar-Conventionen" fallen konnte. Der Saarbevölkerung ist bewusst geworden, dass sie ihre eigene Kohle zu sehr niedrigen Pachtpreisen an die Franzosen abliefern muss, die sie dann zu den ausserordentlich hohen Weltmarktpreisen weiterverkaufen. Und man hat gemerkt, dass die Saar statt der ihr zustehenden 35 Milliarden Francs Marshallplangelder nur 5 Milliarden aus Paris erhalten hat. Alle diese, sagen wir es schon: sehr bedenklichen Erscheinungen, die lange Zeit durch wirtschaftspolitische Vorgänge an der Saar, in Deutschland und Frankreich und in Europa überdeckt waren, sind nun allgemeines Erkenntnisgut der Saarbevölkerung geworden.

Dieser Erkenntnis hat die SPS durch die Rückziehung ihrer Minister aus der Hoffmann-Regierung Rechnung getragen, und das war gut so, denn der Sulzbacher Parteitag hätte auf jeden Fall das Ende der Koalition mit der CVP beschlossen. Der Schritt der SPS in die Opposition ist keine taktische Augenblicksschwenkung, sondern eine Entscheidung grundsätzlicher Art. Die Opposition der SPS wird sich ebenso gegen die CVP-Regierung Hoffmann-Hector richten, wie sie die französische Saarpolitik wachsam beobachten wird. Dieser allgemeinen Überzeugung der SPS wird sich der neue Vorstand, der vor allem in seinen beiden führenden Positionen mit dem alten Vorstand identisch ist, anpassen müssen. Es ist durchaus zu fragen, ob es der SPS möglich sein wird, unter der Führung der Exminister Kirn und Braun, deren Wiederwahl keineswegs einmütig, sondern bei sehr beachtlichen Gegenstimmen erfolgte, die nun einmal erforderliche totale Wandlung durchzuführen. Denn eine der heutigen SPS gemässe Führung wird sich in keinem Falle durch Versuche irritieren lassen, die aus dem Quai d'Orsay kommen können. Die möglichen Gefahren einer politischen Korrumpierung müssen nach dem erklärten Willen des Sulzbacher Parteitages von der SPS eindeutig und unerbittlich ferngehalten werden.

Wie ernst es den Delegierten mit dieser Willensäusserung war, mag die Begeisterung zeigen, mit der sie die Erklärung Eichlers aufgenommen haben, die SPS sei ein Teil der SPD. Dieses Bekenntnis zu Deutschland entspricht auch die Ablehnung der Volksabstimmung, denn, so sagten die saarländischen Sozialdemokraten, es wird ja auch in keinem anderen deutschen Lande über die Zugehörigkeit zu Deutschland abzustimmen sein.

Der Labour-Riss ist gekleistert

---

P.S. London, im April.

Die Einsicht, dass es besser sei, eine sozialistische Regierung zu tolerieren, als gegen eine etwaige konservative Regierung stimmen zu müssen, ohne an den Dingen etwas ändern zu können, hat Bevan bewogen, den offenen Bruch zu vermeiden. Das hat Attlee ermöglicht, den Riss zu kleistern, der in der Labour-Front so urplötzlich auftauchte. Aber jedermann weisse, dass die grosse Auseinandersetzung nur aufgeschoben, nicht aufgehoben ist. Freilich ist trotz der dramatischen Zuspitzung nicht klar geworden, wie stark eigentlich Bevan und sein Anhang sind.

Bis auf eine einmalige Zustimmung der Konservativen war es eisiges Schweigen, das Aneurin Bevan von beiden Seiten des Unterhauses umgab, als er während einer persönlichen Erklärung die Gründe seines Rücktritts bekanntgab. Aus seinem Briefwechsel mit dem Ministerpräsidenten und aus seinen Worten ging klar hervor, dass der Angriff auf den Gesundheitsdienst im Budget nur ein nebensächlicher Grund war, und dass die Unzufriedenheit Bevans sich vor allem gegen die gesamte ökonomische Planung der Regierung, insbesondere gegen die Aufrüstung richtete.

Bevan und Handelsminister Harold Wilson demissionierten trotz allen Warnungen, die ihnen seit etwa zwei Wochen zuteil wurden. Bevan hat sich in einem getäuscht: er hat innerhalb der Parlamentsfraktion der Labour Party nicht die praktische Unterstützung gefunden, auf die er hoffte. Aber selbst wenn nur vier oder fünf Labour-Abgeordnete gegen das Budget stimmten oder der Abstimmung fernblieben, müsste die Regierung stürzen, sofern sich nicht Liberale oder Konservative bereit finden, für sie zu stimmen. Die Tories wären mit einer Stützung einverstanden, würden aber gleichzeitig eine Vorverlegung der Wahlen zur Bedingung machen. Inzwischen haben die "Rebellen" ihre Stimmen zugesichert.

Vorverlegte Wahlen würden zu einem Zeitpunkt erfolgen, da sich die Krisenstimmung auch innerhalb der Mitgliedschaft der Labour-Party auswirken müsste, die bisher von diesen Auseinandersetzungen

unberührt blieb. Es war festzustellen, dass das Budget in weitesten Volkskreisen Billigung fand. Selbst im Wahlkreis Bevans haben die Mitglieder der Labour Party bisher wenig Anteil an den Auseinandersetzungen genommen, die sich seit zwei Wochen im Kabinett und in der Presse abspielten. Immerhin könnte jedoch schon ein geringer Stimmenverlust in wenigen Wahlkreisen den Ausgang einer Wahl zu Ungunsten Labours beeinflussen.

Die Parteileitung, von den Gewerkschaften unterstützt, steht im Begriff, Schritte zu unternehmen, um die Disziplin der Anhänger straff zu halten. Die Aussprache innerhalb der Parlamentsfraktion hat zu einer Klärung geführt, die keine Rebellion von Abgeordneten zur Folge haben wird. Unter diesen Umständen konnte sich Attlee auch ohne konservative Hilfe und Bedingungen entschliessen, die Regierung weiterzuführen, wenn auch das Ausscheiden eines Arbeitsministers und eines Handelsministers aus dem Kabinett einen ungewöhnlichen Vorgang im politisch-parlamentarischen Leben Englands darstellen. Schon aus diesem Grunde haben die Rücktritte so grossen Widerhall in der Öffentlichkeit ausgelöst. In unterrichteten Zirkeln der Labour Party hofft man, dass nach weiteren zwei Wochen auch diese Krise überstanden sein wird.

+ + +

#### Verdächtige Eile

- - - - -

(sp) Ungestüm drängt der Kanzler auf beschleunigte parlamentarische Erledigung des Schumanplanes. Schon liegt ein genauer Terminkalender vor, nach dem der Vertrag bald nach Pfingsten endgültig verabschiedet werden soll.

Die Eile ist verdächtig. Der Bundeskanzler weiss, wie labil die politische Lage in Frankreich ist. Offenbar beabsichtigt er, in jedem Fall noch mit dem gegenwärtigen französischen Parlament sein Vorhaben auszuführen, denn es ist sehr leicht möglich, dass die künftige französische Volksvertretung dem Schumanplan sehr viel reservierter begegnet als die gegenwärtige. Einer etwa durch de Gaulle weitgehend bestimmten Regierung würden sicher auch die Schumanplan-Vorzüge für Frankreich noch nicht gross genug sein (an diesem Punkt widerlegt sich auch der Einwand des Staatssekretärs Hallstein, es sei unlogisch, den Schumanplan als einen ausgesproche-

nen französischen Vertrag anzusprechen, gleichzeitig aber zu sagen, es sei ungewiss, ob er von der französischen Nationalversammlung ratifiziert werde.) Die Eile wäre nur gerechtfertigt, wenn der Kanzler von der Voraussetzung ausgeht, dass dieser Plan eine Angelegenheit sei, an der im besonderen Masse Deutschland interessiert sein müsse.

Vor solcher Auffassung warnen jetzt, nachdem die festliche Beleuchtung wieder dem grauen Alltag gewichen ist, auch immer häufigere Stimmen aus dem Regierungslager. In der FDP z.B. spricht man von einem "Wagnis der Ratifizierung", in das man sich nicht blindlings hineinstürzen dürfe, man verlangt dort für die Ratifizierung ein zeitliches Nebeneinander mit der Arbeit in den anderen Parlamenten. Und selbst der Industriekurier überschreibt einen Kommentar zur Auseinandersetzung Regierung-Opposition mit den Worten: "Hat er ganz unrecht?", womit in diesem Fall erstaunlicherweise Dr. Schumacher gemeint ist. In diesem Beitrag findet sich auch der einsichtsvolle Satz: "leider streben nicht alle europäischen Politiker mit dem gleichen rastlosen Eifer und mit demselben ungestümen Temperament nach Europa wie Dr. Schumacher". Wir wussten das schon lange.

-u.

+ + +

#### Wahl-Auswüchse

(sp) Allmählich angelaußen, hat der Wahlkampf in Niedersachsen nun Formen angenommen, die, gelinde ausgedrückt, zumindest von einer heftigen Nervosität bei den Gegnern der SPD zeugen. Am nervösesten gebärdet sich dabei die aus der DP und CDU hervorgegangene Niederdeutsche Union, vermutlich, weil sie am meisten Grund zur Nervosität hat. Dabei wird die Grenze des Erlaubten unbedenklich überschritten und die Wahrheit skrupellos mit Füßen getreten, ohne dass man die in Wahlversammlungen übliche "Hitze des Gefechts" zur Entschuldigung anführen könnte, denn alle diese Auswüchse sind hinter Schreibtischen und fern von "Wahlschlachten" ersonnen.

Auch auch der BHE scheint mit Skrupeln nicht sehr gesegnet zu sein. So hat ein BHE-Kandidat namens Gerlach in einer Wahlversammlung in Helmstedt die eidesstattliche Erklärung eines Heimkehrers namens Schrader verlesen, wonach Dr. Schumacher seinerzeit die ägyptische Regierung ersucht habe, die Kriegsgefangenen nicht

"jetzt schon" zu entlassen. Das ist natürlich eine glatte Lüge; wer über diese Dinge informiert ist, weiss auch, dass Dr. Schumacher der erste Deutsche war, der für die Kriegsgefangenen seine Stimme erhoben hat. Gerlach und Schrader werden sich wegen dieser "cidesstattlichen Erklärung" vor Gericht zu verantworten haben.

Die SPD habe "von befreundeter Seite" eine Million DM für den Wahlkampf bekommen, schreibt Herr von Besnard vom Kreisverband Blankenburg der Niederdeutschen Union. Herr v. Besnard käme in Verlegenheit, wenn er seine Behauptung vor Gericht beweisen müsste. Aber das hindert ihn nicht, diese Lüge zum Angelpunkt eines Schnorrbriefes in seinem Kreis zu machen, "um der staats erhaltenen Politik zum Sieg zu verhelfen".

Die gleiche Unbedenklichkeit legt die NV bei Zitaten aus Schriften Dr. Schumachers an den Tag. Mit Sätzen, die entweder aus dem Zusammenhang gerissen wurden oder überhaupt nicht von Dr. Schumacher stammen, will man dem ersten Vorsitzenden der SPD und damit auch der SPD selbst bolschewistische Gesinnung nachweisen. Das ist ein ausichtsloses Unterfangen; dass es trotzdem versucht wird, zeugt ebenso von der maßlosen Dummheit solcher "Auch-Politiker" wie von ihrer Moral. Wie gesagt, es muss schlecht stehen um die Parteien, die zu solchen Mitteln greifen.

+ + +

#### Aufruf zum Ketzergericht

C.G. "Die Terrorherrschaft der SPD im Rathaus hat begonnen. Bürgermeister ist Protestant. Der katholische Stadtdirektor muss in 14 Tagen sein Amt niederlegen. Vertreter ist der protestantische Beigeordnete Drexler. Der neue Stadtdirektor wird unter keinen Umständen ein aufrichtiger Katholik sein... Jetzt sind wir auf der Bahn des Terrors, der Vernichtung der Freiheit und der Abkehr vom Christentum..."

Das ist keineswegs das Gestammel eines Schizophrenen, sondern findet sich in einem vom "Katholischen Familienblatt für die Dekanate Opladen und Leverkusen" veröffentlichten Aufruf katholischer Geistlicher. Bei der Lektüre glaubt man sich in die Zeit des Dreissigjährigen Krieges oder noch weiter zurückversetzt. Evangelische Kreise haben bereits nachdrücklich und entschieden gegen diese Unverfrorenheit protestiert. Aber vielleicht sollte man es gar nicht so sehr bedauern, daß hier statt der üblichen lebenswürdigen, aber nichtsagenden Beteuerungen vom "konfessionellen Frieden" eine Ansicht offen proklamiert wird, die bei vielen Vertretern des Katholizismus im tiefsten Innern heute stärker denn je vorhanden ist.

Die Formel "Nichtkatholik- Werkzeug des Teufels" wird zwar selten in solch geradezu klassischer Reinheit ausgesprochen, aber unzählige Beispiele klerikaler Willkür zeigen, dass sie als Leitmotiv hinter dem politischen Handeln vieler steht - nicht nur in Opladen oder Leverkusen. Denn der Scheiterhaufen ist lediglich als Methode, aber noch lange nicht als Prinzip überwunden.

+ + +

Aus der Ost-Presse:

#### Der Musikprofessor und der Krieg

"Auf der Gründungskonferenz des Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler machte der Direktor der Staatlichen Hochschule für Musik, Berlin, Professor Dr. Knapler, bedeutende Ausführungen über die von den anglo-amerikanischen Imperialisten importierte Gangstermusik. Wir veröffentlichen aus dieser Diskussionsrede folgende Auszüge: Die allgemeinste Form, in der Musik der Kriegsvorbereitung dienen kann, ist die Ablenkung. Je besser sie gemacht ist, desto besser kann sie diese schädliche Funktion ausführen. Niemand will in einer Gangsterwelt leben. Aber man braucht eine Gangsterwelt und eine Gangstermoral, wenn man einen Gangsterkrieg vorbereitet. Eben das ist die Situation, in der sich der amerikanische Imperialismus befindet. Und die Musik soll ihm dabei dienlich sein. Sie ist ein Versuch, den Krieg in die Hirne der Menschen einzuschmuggeln. Es sind nur Fetzen von Melodien. Was an Anklängen von Melodiefloskeln da ist, wird sofort zerfetzt, zerrissen. Es ist der unerbittlich hämmernde Rhythmus. Es ist eine unnatürliche Anwendung von Instrumenten, die wie wilde Bestien heulen, brüllen. Mit einer weiteren Art von Musik, die den Krieg vorbereitet, müssen wir uns ernsthafter auseinandersetzen. Sie ist weniger direkt, aber meiner Meinung nach nicht weniger gefährlich. Sie fördert die Verbreitung der Lethargie, von Skepsis, von Weltuntergangsstimmung. Diese Geisteshaltung ist ein Mittel der Kriegsvorbereitung. Ja, sie ist, wie ich glaube, eine wichtige unerlässliche Voraussetzung für ihn. Aber die normalen Menschen wollen den Krieg nicht. Darum kommt es darauf an, dass die deutsche Musik alle Versuche, die Musik zu einem Mittel der Kriegsvorbereitungen zu machen, von sich weist".

(Sächsische Zeitung" -Dresden)

+ + +

#### Sie sollten den Kapitalismus kennen lernen

"Ein Musterbeispiel für den Objektivismus in den Schulen, der noch dazu von einer Lehrerin betrieben wird, die unserer Partei angehört, lieferte die Oberschullehrerin Wulff aus Wandlitz. Sie machte mit ihrer Klasse einen Ausflug in den Französischen Sektor von Berlin, um dort die Brotfabrik von Wittler zu besuchen. Dieser Besuch sollte den Kindern den Kapitalismus veranschaulichen! Der Kreisleitung war das alles bekannt, aber sie hat bis vor kurzem nicht einmal dazu Stellung genommen! Das ist eine offene Unterstützung des Objektivismus durch die Kreisleitung".

"Märkische Volksstimme" (Potsdam)

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt